

An die Kultusministerin Nicola Beer

Frankfurt, den 8. Mai 2013

Hessisches Kultusministerium

Luisenplatz 10
65185 Wiesbaden

Sehr geehrte Frau Beer,

wir Elternbeiräte und Elternmitglieder der Schulkonferenz der Diesterwegschule Frankfurt sind sehr besorgt über die Konsequenzen, die die Einführung der Inklusionsverordnung an unserer Schule und, wie wir wissen an vielen Schulen in Hessen, mit sich bringt.

Unsere Schule ist eine höchst engagierte Schule und arbeitet seit über 20 Jahren als GU-Schule mit überaus guten Erfahrungen in diesem Bereich. Es hat sich ein stabiles und tragfähiges Arbeiten entwickelt, mit dem alle Beteiligten sehr zufrieden sind. Nun sehen wir genau dies in Gefahr!

Früher konnten vier Kinder in einer GU-Klasse aufgenommen und gefördert werden. Den größten Teil der Unterrichtsstunden, nämlich 18 Stunden, konnte diese Klasse mit einer festen Klassenlehrerin und einer Förderschullehrerin gemeinsam unterrichtet werden -eine Versorgung, die allen Kindern zu Gute kam. Das war auch nach Einführung der Inklusion im letzten Schuljahr an unserer Schule noch annähernd so, denn für vier Kinder mit Förderbedarf bekamen wir 16 Inklusionsstunden, so wie es ja auch in der Verordnung geschrieben steht.

Im nächsten Schuljahr wird sich diese Situation dramatisch verschlechtern, denn für den neuen ersten Jahrgang stehen nur 10 Stunden systemische Zuweisung zur Verfügung, egal wie viele Kinder mit Förderbedarf in unserem Einzugsgebiet leben. Damit können nicht einmal mehr die Hauptfächer ausreichend abgedeckt werden. Die neue Verordnung soll sicherstellen, dass alle Kinder mit Förderbedarf wohnortnah und an Regelschulen gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet werden können und so u.a. die UN Menschenrechtskonvention für alle Kinder umgesetzt wird.

Genau das Gegenteil ist aber nun de facto der Fall, denn nun werden Schulen gezwungen sein, Kinder abzulehnen, da ein bedarfsgerechtes Arbeiten und eine gute Förderung mit diesen 10 Stunden nicht zu gewährleisten ist. Unsere Schule wird so mehrere Kinder, die Förderbedarf haben, nicht aufnehmen können. Das ist in diesem Fall höchst problematisch, denn einige Kinder wurden bereits im letzten Jahr in die bestehende Vorklasse eingeschult oder besuchen den Vorlaufkurs und müssten somit „ihre“ Schule wieder verlassen. Wir befürchten zudem, dass grundsätzlich der Druck steigen wird, die besonders „schwierigen“ Kinder in die Förderschulen zu „schieben“. Mit der reduzierten Zuweisung ist eine andere Lösung nicht leistbar und für die Lerngruppen und das Kollegium nicht tragbar.

Hinzu kommen die Probleme, die für das Kollegium entstehen. Die Förderschullehrerinnen müssen sich zwischen mehreren Schulen aufteilen, was zu erheblichen Veränderungen führt. Eine flexible Gestaltungsmöglichkeit der sich ergebenden Aufgaben ist so nicht mehr denkbar. Eine Teilnahme an den Konferenzen, an fachlichen und beratenden Gesprächen, den Gremien der Schulentwicklung und am Leben in der Schule insgesamt u.v.m. wird so unnötig erschwert, wenn nicht sogar verhindert.

Wir befürchten, dass die FörderschullehrerInnen sich zwischen den Schulen und Bedürfnissen aufreiben werden, was dem Berufsbild zusätzlich noch abträglich sein wird, und das, obwohl es sowieso schon zu wenig FörderschullehrerInnen gibt.

Insgesamt erscheint uns die Einführung der Verordnung als Schritt in die falsche Richtung, denn mit immer weniger Mitteln kann weder Inklusion sichergestellt werden, noch insgesamt sinnvoll gearbeitet werden.

Das können Sie, als politisch Verantwortliche nicht wollen in einem Bereich, der für die Zukunft unseres Landes so entscheidend ist.

Wir wollen das so nicht hinnehmen und fordern Sie auf, die Verordnung umgehend zu überdenken und nicht an einer verdeckten Sparmaßnahme auf Kosten der Bildung unserer Kinder und ihrer Rechte festzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Der Elternbeirat und die Eltern der Schulkonferenz Diesterwegschule

Dieser Brief geht auch an:

Staatliches Schulamt Frankfurt

Stadtschulamt Frankfurt

Dezernentin für Integration der Stadt Frankfurt

Stadtelternbeirat Frankfurt, StEB

Landeselternbeirat von Hessen, LEB

Politik gegen Aussonderung e.V.

netzwerk inklusion frankfurt

Gruppe Inklusionsbeobachtung Hessen (GIB)

Gemeinsam leben Hessen e.V.

Igel – Initiative gemeinsam lernen

Frankfurter GU-Schulen und die Lokalpresse